

## MIGRATION

# Unsichtbare Patienten



Die Vertreter des Clae fordern unter anderem eine automatische Krankenversicherung für die Kinder der "sans-papiers". (Foto: woxx)

**Luxemburg bekennt sich dazu, den "sans-papiers" Gesundheitsfürsorge zu garantieren. Doch hinter den Kulissen gibt es viel Raum für Willkürscheidungen.**

Eine Frau lebt ohne Aufenthaltsgenehmigung in Luxemburg und befindet sich finanziell in einer schwierigen Situation. Zudem steht sie unmittelbar vor der Niederkunft. In ihrer Not wendet sie sich an die Clinique Dr. E. Bohler, die eine Entbindung nur unter Anzahlung eines Vorschusses von 2.500 Euro leisten will.

Auf dieses Problem der sozialen Absicherung der "sans-papiers" hat der Clae, das "Comité de Liaison des Associations d'Etranger", diese Woche aufmerksam gemacht. Ausgelöst wurde die Debatte durch eine parlamentarische Anfrage des LSAP-Deputierten Ben Fayot. Der wollte von seinem Parteikollegen Di Bartolomeo unter anderem wissen, ob so genannte "Illegale" vom Centre de sécurité commun aufgenommen werden, ob unverheiratete Frauen aus Drittstaaten die bei der Schwangerschaft und Geburt anfallenden Kosten erstattet bekommen, und ob die Kinder von Müttern ohne geregelte Aufenthaltsgenehmigung versichert sind. Auch wollte Fayot darüber informiert werden, ob der Staat für die medizinische Notversorgung dieser Personen aufkommt. Die schriftliche Antwort von Mars Di Bartolomeo hatte nicht lange auf sich warten lassen: Sie war knapp und er ging nur recht vage auf die Fragen von Fayot ein.

## Schattendasein ohne Grundrechte

"Die Aussagen des Ministers stimmen nicht mit der Wirklichkeit überein", lautete überdies die Kritik des Clae. Das "Comité de Liaison des Associations d'Etranger", das sich seit Jahren als Vermittler für illegale Zuwanderer einsetzt, denunzierte in der Öffentlichkeit die teils inhumanen Zustände, in welche die "Illegalen" und ihre Kinder gedrängt werden.

So sei die Behauptung des Ministers falsch, dass in Luxemburg die medizinische Betreuung für nicht registrier-

te Migranten gewährleistet sei. Entgegen der Einschätzung von Mars Di Bartolomeo, überprüfe das "centre commun de la sécurité sociale" sehr wohl die Aufenthaltsgenehmigung von Illegalen: Spätestens nach drei Monaten verlange die Krankenkasse den Nachweis eines festen Wohnsitzes, ansonsten erlöscht der Versicherungsanspruch. Sofern eine Nicht-EU-Bürgerin, deren Lebensgefährte verschwunden ist, keinen Aufenthaltsbeleg vorweisen kann oder will, wird auch ihr Nachwuchs vom sozialen Versicherungssystem ausgeschlossen.

"Diese Praxis zeigt, dass sich Luxemburg nicht an die ratifizierte europäische Sozialcharta hält", so Marie-Cécile Charles vom Clae. Diese EU-Charta, der sich Luxemburg 1991 angeschlossen hatte, garantiert den Bürgern der Partnerstaaten eine allgemein zugängliche soziale und medizinische Versorgung und Absicherung, juristischen und sozialen Schutz - auch vor Diskriminierung.

"Prinzipiell stehen diese fundamentalen Menschenrechte auch den Asylbewerbern zu. Jedoch zeigt die Praxis, dass Möglichkeiten fehlen, diese auch geltend zu machen", so der Clae. Dort verweist man darauf, die Lage der "sans-papiers" habe sich seit der letzten Regularisierung von rund 2.800 Betroffenen im Jahre 2001 in punkto medizinische Betreuung wesentlich verschlechtert. Problematisch sei etwa, dass auch die Absicherung im Notfall oft bürokratisch gehandhabt werde, indem eine Krankenhausaufnahme häufig erst erfolge, nachdem sich die "sans-papiers" schriftlich zur Übernahme der Kosten verpflichtet hätten. So belegen Dokumente, dass das Centre Hospitalier Anzahlungen von hundert Euro verlangte.

"Es gibt einen Unterschied zwischen denjenigen, die sich als Asylbewerber registrieren lassen und bei denen die Re-

gierung die Kosten einer Krankenbehandlung übernimmt, sowie jenen, die im Untergrund leben und die es offiziell nicht gibt", erklärt Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo auf Anfrage der woxx. "Bei Letzteren stellt sich die Frage, welche Prozedur anwendbar ist, ohne nach draußen zu signalisieren, dass in Luxemburg das Tor zu einer kostenlosen Gesundheitsversorgung offen steht." Hier scheint der Minister wiederum die von der Clae vorgebrachte Kritik zu belegen: Dass eben doch unterschiedliche Zugänge zum Gesundheitswesen bestehen und dass bisher noch keine Prozeduren vorhanden sind, die die medizinische Grundversorgung von Menschen, die nicht registriert sind, nach einheitlich rechtlichen Kriterien garantieren und regeln.

Die Rechtslage scheint insgesamt konfus. Offen ist etwa die Frage, welche Mindestversorgung einem "sans-papiers" unabweisbar geboten werden soll. Von Notfällen abgesehen steht einem "sans-papiers" auch die Behandlung von psychischen oder psychosomatischen Erkrankungen zu? Werden medizinische Leistungen wie Heil- und Hilfsmittel in Form von Brillen, orthopädischen Prothesen, Zahnersatz übernommen? Steht einem "sans-papiers" im Notfall ein Dolmetscher zur Verfügung und unter welchen Bedingungen? Hier scheint viel Raum für Willkürscheidungen gegeben.

Auch scheint der Rechtsstatus des Arztes ungeklärt, falls er Illegale ohne Krankenversicherungskarte behandelt und sich somit am Rande der Legalität bewegt. Zwar wurde bislang gegen keinen Arzt in diesem Zusammenhang ermittelt, doch das Thema selbst bleibt ein Tabu. Die Frage, inwiefern öffentliche Stellen verpflichtet sind, Ausländer ohne Aufenthaltspapiere der zuständigen Ausländerbehörde zu melden, bleibt ebenfalls offen.

## Politisches Tabu

Laut Mars Di Bartolomeo widerspricht die in Luxemburg gängige Praxis jedoch keineswegs der oben erwähnten europäischen Sozialcharta. "Falls dies so wäre, dann hätte man uns das schon lange vorgeworfen", so der Minister, der allerdings auch einräumt, von den einzelnen Fällen nichts gewusst zu haben. "Problematisch ist doch, dass man es hier mit einer Bevölkerung zu tun hat, die in einer Grauzone lebt." Es gehe darum, diese Leute aus dem Teufelskreis der Illegalität herauszuholen. "Selbstverständlich besteht die Notwendigkeit eines allgemeinen Pflegerechtes. Die Versorgung der Kinder, der Notfälle, von ansteckenden Krankheiten muss garantiert sein. Allerdings sollten auch die Prozeduren geklärt werden, wie man mit Leuten verfährt,

die im Untergrund leben", meint Di Bartolomeo. "Ich kann doch nicht das gesamte Gesundheitssystem verscherbeln, indem die einen für diese Rechte bezahlen müssen und die anderen alles umsonst bekommen."

Neben einem bestehenden sozialen Pflegenetzwerk wie der Ligue médico-social, den Sozialbüros der Gemeinden oder den Krankenhäusern, die anonymisierte Fälle beim Ministerium einreichen können, damit Pflegeleistungen von Sozial Schwachen übernommen werden, gibt es laut dem Minister seit einiger Zeit auch eine Arbeitsgruppe. Dass diese Arbeitsgruppe auf der Initiative von Médecins sans Frontières beruht, verrät er aber nicht. Diese Gruppe besteht unter anderem aus Mitarbeitern von Caritas, Croix-Rouge, der Asti und dem Clae und diskutiert darüber, wie ein Sozialleistungszugang für "sans-papiers" aussehen könnte.

Ben Fayot befürwortet ein System, das jedem elementare Rechte garantiert. Auch er sieht das Dilemma, dass die Rechte von Illegalen in Luxemburg bisher unscharf definiert sind und stellt sich die Frage, wie ordnungspolitische mit menschenrechtlichen Aufgaben zu vereinbaren sind. Der Clae vertritt hier eine eindeuti-

ge Linie: Die vorgeschobene Illegalität der "sans-papiers" dürfe kein Anlass zu staatlicher Verantwortungslosigkeit werden.

## Bürger zweiter Klasse

Doch es gibt auch Beispiele dafür, wie den Betroffenen in diesem Vakuum geholfen werden kann. In Frankreich etwa, wo das Gesundheitsministerium mit der Finanzierung der medizinischen Versorgung von "sans-papiers" betraut ist, dürfen Daten nicht an das Innenministerium weitergegeben werden. Auch könnte ein medizinischer Fonds für Nichtversicherte eingerichtet werden, verwaltet durch Organisationen, die nicht zur Weitergabe von Daten verpflichtet sind. In vielen Großstädten existieren so genannte Büros für medizinische Flüchtlingshilfe, die ehrenamtlich Hilfe leisten für Menschen, die keinen Zugang zu regulären Gesundheitsleistungen haben.

Europaweit wagen sich jedoch nur wenige Politiker daran, das Ausländergesetz freizügiger zu interpretieren. Letztlich obsiegt nach wie vor das Ordnungsrecht vor dem Menschenrecht.

Christiane Walerich

## Nächste Woche: Markt rettet Menschheit

Wie der Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten den Klimawandel verhindern soll - und was dabei schief läuft.

## CSV-Preistreiberei

Eine der weisen Entscheidungen unseres werten Finanzministers, der in seinem Zweitberuf auch als Regierungschef firmiert, war die Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes einiger Dienstleistungen von zwölf auf 15 Prozent. So kosten Architekten, Rechtsanwälte und diverse Beratungsjobs seit dem 1. Januar 2007 die Endverbraucher drei Prozent mehr - den ausgehebelten Index wird's freuen. Allerdings haben nicht alle Anbieter von "services de publicité" so richtig mitbekommen, dass auch sie ihren Kunden ein paar Euro mehr abknöpfen müssen. Denn ein "service de publicité" ist zum Beispiel auch eine Anzeige in einer Zeitung, nicht aber ein Werbekatalog. Das verstehe, wer will. So verklickert sogar Luxemburgs größter Webeträger seinen Kunden auf den ins Internet gestellten Tariflisten, der TVA-Satz für Todes- und andere Anzeigen liege immer noch bei zwölf Prozent. Ein Irrtum, der seine Ursache bei der enorm kompetenten Informationspolitik des Finanzministeriums findet: Dessen aktuellster Homepage-Eintrag datiert von April 2005. Die mit dem Eintreiben der TVA beauftragte "Enregistrement" weist zwar auf die Änderungen hin, doch erläutert, welche Dienstleistungen denn nun wirklich von der Erhöhung betroffen sind, wird nirgendwo. Weil man sich vor Anrufen wohl kaum noch retten kann, heißt es bei der Verwaltung zwecks Vereinfachung inzwischen lediglich der "taux intermédiaire" sei abgeschafft. Soweit ging der Reformeifer der CSV-Finanzspezialisten allerdings nicht. Sie haben zwar das Sterben teurer gemacht, aber soziale Unternehmungen wie "garde et gestion de titres" oder "gestion de crédits et de garanties de crédits par une personne ou un organisme autre que ceux ayant accordé les crédits" werden auch weiterhin mit zwölf Prozent besteuert.